



Gleichschaltung des Pasinger Stadtrats 1933-1938

Aus dem Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung „Spuren“ vom 21. September bis 8. Oktober 1989 in der „Pasinger Fabrik“ in München, veranstaltet von der „Geschichtswerkstatt Arbeiten und Leben in Pasing e.V.“ mit Unterstützung des Kulturreferats der Landeshauptstadt München.

Mitarbeiter: Uli Ehrl, Marion Fendt, Bernhard Grau, Andreas Heusler, Hans Hillmeier, Helmut Hofstetter, Ilse Klink, Karin Mühlbacher-Heusler, Andrea Schade, Steffen Schäffler, Leopold Schwarz und Angelika Schweimer.

Spuren : Beiträge zur Pasinger Geschichte / Geschichtswerkstatt Arbeiten u. Leben in Pasing e.V. (Hg.). München : Profil, 1989 (Bayerische Schriften ; Bd. 1)

ISBN 3-89019-235-1 NE: Geschichtswerkstatt Arbeiten und Leben in Pasing; GT

Fürs Internet überarbeitet: Richard Roth SPD-Pasing

Die Gleichschaltung des Pasinger Stadtrats

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 versuchte die NSDAP unter Einsatz der ihr nun zur Verfügung stehenden Machtmittel ihren Einfluß in den Stadt- und Gemeinderäten auszuweiten und die Vertreter der anderen Parteien an der Ausübung ihrer Mandate zu hindern. In zahlreichen Städten war die Partei in den Gemeindeparlamenten nur schwach vertreten, weil die letzten Wahlen zu den kommunalen Gebietskörperschaften bereits einige Jahre zurücklagen. So auch in Pasing, wo die Nationalsozialisten bei den zuletzt im Dezember 1929 stattgefundenen Stadtratswahlen lediglich zwei von zwanzig Sitzen erreicht hatten. Die geringe Bedeutung in zahlreichen Gemeindeparlamenten war für die NSDAP ein Ärgernis, das die *"Erfolgsbilanz"* der *"nationalsozialistischen Revolution"* an entscheidender Stelle verzerrte. Machtpolitische Begehrlichkeiten ließen es notwendig erscheinen, verstärkt auf kommunaler Ebene aktiv zu werden. Die Doktrin der totalen ideologischen Durchdringung aller Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erlaubte es nicht, kleinere und mittlere Gebietskörperschaften beim Kampf um die alleinige Macht in Deutschland auszuklammern. Die Parteiführer hatten erkannt, daß die Position der neuen Machthaber im Reich und in den Ländern entscheidend abhängig war von der Position und dem Einfluß der NSDAP vor Ort.

Eine Situation wie in Pasing, wo die Zwei-Mann-Fraktion der NSDAP die Stadtpolitik kaum beeinflussen konnte, war für die Nationalsozialisten angesichts der fundamentalen politischen Veränderungen im Frühjahr 1933 ein auf Dauer unhaltbarer Zustand. An die Möglichkeit einer Tolerierung der in den kommunalen Selbstverwaltungskörpern vertretenen Parteien bis zu den regulären Neuwahlen die dann zweifellos die erwünschten Mehrheitsverhältnisse gebracht hätten wurde keinen Augenblick gedacht. Das Ziel der Partei war es von Anfang an, die Stadt- und Gemeinderäte so zu *"bereinigen"*, daß die NSDAP ungehindert in die Position einer dominierenden politischen und gesellschaftlichen Kraft hineinwachsen konnte. Der Wählerwille, der in einem demokratischen Wahlverfahren über die Sitzverteilung in den Gemeindeparlamenten entschieden hatte, galt den Nationalsozialisten nicht als verbindlich; die Spielregeln der Demokratie waren für die NSDAP ohnehin nur dann annehmbar, wenn sie den Einflußbereich der Partei vergrößern halfen. Letztlich zählte, was dem ungehemmten Anspruch, dem politischen Gegner die Mitverantwortung zu entreißen, ihn politisch und physisch zu vernichten, dienlich war.

Auf einfache aber gleichzeitig äußerst wirkungsvolle Weise hatte man sich bereits wenige Wochen nach der *"Machtergreifung"* der KPD, ihrer Funktionäre und Mandatsträger durch das faktische Verbot der Partei nach dem Reichstagsbrand entledigt. Durch dieses Verbot war die KPD im PA-

singer Stadtrat nicht mehr vertreten; ihre beiden Vertreter Knödler und Kirchbeck waren seit dem 11. März im Konzentrationslager Dachau inhaftiert. Die Tatsache, daß beide verschiedentlich gemeinsam mit den NSDAP-Stadträten Amann und Schraut gegen die Stadtratsmehrheit votiert hatten (z.B. als es um den Beschluß eines Strafantrags wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung gegen die SA-Männer ging, die im November 1932 die Pasinger Polizeiwache überfallen hatten), änderte daran überhaupt nichts. Kirchbeck, der bei der Stadt als Straßenarbeiter beschäftigt war, verlor im Mai 1933 sogar seine Stelle, als der nunmehr schon mehrheitlich nationalsozialistische Stadtrat feststellte: *"Das Dienstverhältnis des städtischen Straßenarbeiters Kirchbeck wird aus wichtigem Grunde mit sofortiger Wirksamkeit gelöst. Der Stadtrat erblickt den wichtigen Grund in der kommunistischen Betätigung Kirchbecks an führender Stelle."* So einfach war das.

Auch die anderen Parteien wurden nach und nach ausgeschaltet. Insbesondere sozialdemokratische Funktionäre und Politiker wurden im Frühjahr 1933 Opfer gezielter Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen. Pressezensur, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, überraschende Hausdurchsuchungen und vorübergehende Verhaftungen prominenter Sozialdemokraten, für die keinerlei demokratisch legitimierte Rechtsgrundlage bestand, sondern die der Willkür der nationalsozialistischen Machthaber und ihrer Erfüllungsgehilfen bei den Polizei-

behörden und im Justizapparat entsprangen, lähmten die Partei und machten schließlich jegliche politische Arbeit unmöglich.

Der Neuordnung der Stadt und Gemeinderäte diente das *"Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich"* vom 31. März, das den Nationalsozialisten die Möglichkeit zur Auflösung der Länder-, Kreis- und Gemeindeparlamente gab. Die aufgelösten Vertretungskörperschaften wurden auf der Grundlage der örtlichen Reichstagswahlergebnisse vom 5. März neu zusammengesetzt. Folge dieser Neuordnungsmaßnahme war in Pasing, daß die NSDAP auf einen Schlag neun Vertreter in den Stadtrat entsenden konnte und gemeinsam mit der ihr verbundenen Fraktion der *"Kampffront Schwarz-Weiß-Rot"*, die über zwei Mandate verfügte, von nun ab über die Mehrheit im Stadtrat verfügte. Nach der neuen Rechnung konnte die BVP nur mehr fünf (vorher sechs), die SPD lediglich vier Vertreter (vorher sieben) in den Stadtrat entsenden.

In der Folgezeit demonstrierte die nationalsozialistische Mehrheitsfraktion den anderen Parteien unmißverständlich, wer nun das Sagen in Pasing hatte. Der *"neugewählte"* Stadtrat trat am 26. April zu seiner ersten Sitzung im zeitgemäß hakenkreuzgeschmückten Sitzungssaal des Rathauses zusammen. Die Vertreter der NSDAP-Fraktion waren in ihren braunen Uniformen erschienen, begleitet von einer vielköpfigen SA-Abteilung, die auf den Zuhörerbanken Platz nahm. Einziger Tagesordnungspunkt der Sitzung war die Wahl eines

2. ehrenamtlichen Bürgermeisters. Noch vor dem Wahlakt kam es jedoch zu einem von den Nationalsozialisten geschickt inszenierten Eklat, der den anderen Parteien deutlich machte, daß sich die NSDAP bei der Durchsetzung ihrer Ziele auch von der Autorität des Stadtrates nicht würde irritieren lassen. Ziel des von der NSDAP provozierten Zwischenfalls war der sozialdemokratische Stadtrat Lichtinger. Lichtinger, ein überzeugter Pazifist, hatte sich im Jahr 1925 zu verbalen Attacken gegen den Pasinger Krieger- und Veteranenverein hinreissen lassen. Diese lang zurückliegenden Äußerungen dienten der NSDAP nun als fadenscheiniger Vorwand, um Lichtinger aus dem Kommunalparlament herauszudrängen. Feierlich erklärte Stadtrat Amann, daß sich die NSDAP-Fraktion weigere, *"mit einem Manne zusammenzuarbeiten, der (...) den Veteranen- und Kriegerverein Pasing eine Mörderorganisation"* genannt hatte. Lichtinger wurde daraufhin von einem SA-Mann gewaltsam aus dem Sitzungssaal *"entfernt"*.

Mit diesem Vorfall hatten die Nationalsozialisten den anderen Stadträten eine eindringliche Demonstration ihrer Stärke gegeben, die Fraktion der SPD erneut personell geschwächt (Stadtrat Nimmerfall befand sich bereits seit geraumer Zeit im KZ Dachau) und darüber hinaus die fünf Vertreter der BVP für die folgende Wahl massiv unter Druck gesetzt. Die Abstimmung brachte denn auch das erwartete Ergebnis. Der einzige Kandidat, Josef Amann von der NSDAP, erhielt 16 von 19 abgegebenen Stimmen. Eine Stimme entfiel auf den NSDAP-Stadtrat Lenz,

die beiden Sozialdemokraten Lorenz und Wochinger gaben ungültige Stimmzettel ab.

Der neue Geist, der im Pasinger Stadtrat Einzug gehalten hatte, wurde auch an den abschließenden Äußerungen des Oberbürgermeisters deutlich. Wunder, so der Berichterstatter des Würmtalboten, entbot Amann *"innigen Glückwunsch. Er betonte die seit Jahren bestehende enge Verbundenheit des Herrn Amann mit der Stadtverwaltung, seine Arbeitskraft und aufrichtige Gesinnung, sein Frontsoldatentum und seine Vaterlandsliebe, die er auf dem Feld der Ehre mit seinem Blute besiegelt."* Gegen Ende der Sitzung erhob sich Stadtrat Gerhard (NSDAP) *"um seine Parteifreunde und Fraktionskollegen zu einem Sieg Heil auf den Kreisleiter und 2. Bürgermeister aufzufordern, in das auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei freudig einstimmt."*

Zu den ersten Maßnahmen des neuen Stadtrats gehörte die Umbenennung einiger Pasinger Straßen nach einschlägig bekannten Persönlichkeiten. Am 27. April beschloß der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung und ohne Gegenstimme (die beiden Vertreter der SPD waren der Sitzung ferngeblieben) die Umbenennung der Gymnasiumsstraße in Bismarckstraße. Die Bäcker- und Kreuzstraße sollte von nun ab Hindenburgstraße heißen, *"zu Ehren des ehrwürdigen Reichspräsidenten, des genialen Feldherrn und des getreuen Ekkehard des Reiches."* Auch ein Adolf-Hitler-Platz durfte nicht fehlen. Die große Freifläche vor der Lehrerbildungsanstalt

sollte, so der einmütige Wille der Stadträte, *"durch freiwillige Arbeit von Verbänden und Bevölkerungskreisen zu einer Anlage ausgestaltet (werden), zu Ehren des Volkskanzlers, des Führers des Volkes und der nationalen Erhebung, des Wegbereiters einer deutschen Zukunft."* Friedrich Ebert, der erste deutsche Reichspräsident, stand bei den Nationalsozialisten nicht in so hohem Ansehen, wie sein Nachfolger Hindenburg. Die nach ihm benannte Straße im *"Sporer-Block"* wurde in Horst-Wessel-Straße umbenannt, *"zum Gedächtnis des Fackelträgers, vorwärtsstürmenden Geistes der Jugend, die für deutsche Ehre, Freiheit, Vaterland das letzte einsetzt."* Für die dort wohnhaften Sozialdemokraten war es eine ausgesuchte Beleidigung, daß sie nun über Jahre den verhaßten Namen dieses von den Nationalsozialisten zum Märtyrer hochstilisierten SA-Mannes in ihrer Adresse führen mußten. Horst Wessel, ein junger Berliner SASturmführer, hatte sich 1928/29 in den Berliner Spelunken und Armen vierteln am Schlesischen Bahnhof bei der Werbung von jungen Kommunisten für die NSDAP hervorgetan. Im Januar 1930 war er von einem kommunistischen Rivalen umgebracht worden. Nach der Besetzung Pasings durch die Amerikaner im Frühjahr 1945 war eine der ersten Maßnahmen der SPD-Genossen die unverzügliche Entfernung des ungeliebten Straßenschilds.

Im Juni 1933 wurden alle Parteien außer der NSDAP von den Nationalsozialisten verboten. Die SPD hatte bereits in den vorangegangenen Wochen den Haß der Nationalsozialisten

zu spüren bekommen. Am 10. Mai waren die Parteihäuser besetzt und die Parteikassen beschlagnahmt worden. Führende Funktionäre, die den Verhaftungsaktionen entgangen waren, flüchteten ins Ausland oder gingen in den Untergrund. Schließlich erfolgte am 22. Juni das endgültige Verbot der Partei. Alle sozialdemokratischen Vertreter mußten ihre Mandate in gewählten oder sonstigen öffentlichen Körperschaften niederlegen. Am 30. Juni führten die Polizeibehörden einen letzten großen Schlag gegen die bayerische SPD. In den frühen Morgenstunden wurden auch sämtliche führende Pasinger Parteifunktionäre festgenommen und in das Konzentrationslager Dachau gebracht, wo die meisten mehrere Wochen festgehalten wurden. Die sozialdemokratische Parteiorganisation war auf allen Ebenen zerschlagen worden.

Die BVP, die seit der *"Machtergreifung"* eine loyale Haltung eingenommen hatte, konnte sich nur wenig länger behaupten. Auf Anordnung des Sonderkommissars bei der Regierung von Oberbayern wurden am 28. Juni alle Stadträte, Bezirkstags- und Kreistagsabgeordneten der Partei verhaftet, darunter auch die fünf Pasinger BVP-Stadträte. Die Geschäftsstellen der BVP wurden besetzt. Diese großangelegte Verhaftungsaktion der Nationalsozialisten machte der Parteileitung unmißverständlich deutlich, daß das Verbot der Partei unmittelbar bevorstand. Um dem offiziellen Parteiverbot zuvorzukommen, auch im Interesse ihrer inhaftierten Mitglieder, löste sich die BVP am 4. Juli mit all ihren Unter-

gliederungen auf. Die inhaftierten BVPPolitiker wurden daraufhin unverzüglich freigelassen. Befriedigt konnte der neue bayerische Innenminister Adolf Wagner am 6. Juli im *"Staatsanzeiger"* verkünden: *"Mit der Auflösung und Liquidation der Bayerischen Volkspartei gibt es in Bayern keine Parteien mehr."*

Im Juli 1933 bestand der Pasinger Stadtrat aus nur mehr zwölf Mitglieder, ausnahmslos Vertreter der NSDAP. Dem Angebot an die ehemaligen BVP-Stadträte, das Parteibuch zu wechseln und bei der NSDAP-Fraktion zu hospitieren, um so das Stadtratsmandat zu behalten, war lediglich ein BVP-Stadtrat gefolgt. Die übrigen gaben unter dem Druck der Verhältnisse ihre Mandate zurück.

Nach wie vor stand an der Spitze des Stadtrates Alois Wunder, der bereits seit 1914 die Geschicke der Stadt anerkannt kompetent und mit weitgehender Unterstützung aller im Stadtrat vertretenen Parteien als Bürgermeister, später als Oberbürgermeister geleitet hatte. Wunder, der selbst nie Mitglied der NSDAP oder einer anderen Partei war, überstand die Stürme der *"nationalen Erhebung"* und der nationalsozialistischen Gleichschaltungsmaßnahmen unbeschadet und blieb bis zur Eingemeindung Pasings im Jahr 1938 in Amt und Würden. Der Verbleib Wunders an der Stadtspitze wirft die Frage auf, wie es dem Pasinger Oberbürgermeister gelang, sich über einen derart langen Zeitraum in dieser für die lokalen NSDAP-Funktionäre zweifellos außerordentlich attraktiven Position zu behaupten.

Die Nationalsozialisten, die jedem mit tiefem Mißtrauen begegneten, der sich nicht vorbehaltlos der *"Bewegung"* anschloß, setzten nach 1933 alles daran, um Funktions- und Würdenträger, die aufgrund ihrer politischen Biographie als *"unzuverlässig"* galten, aus ihren Positionen zu entfernen. Als unzuverlässig galten vor allem jene, die während der Weimarer Demokratie, der verhaßten *"Systemzeit"*, an verantwortlicher Stelle in der öffentlichen Verwaltung tätig gewesen waren, sich dort als aufrechte Demokraten profiliert und versucht hatten, die junge Weimarer Republik vor den Angriffen von Rechts und Links zu schützen. Selbst bei den eigenen Parteimitgliedern genügten der NSDAP Verdachtsmomente, die auf eine *"unsaubere"* politische Vergangenheit oder auf von der Parteilinie abweichende politisch-ideologische Zielvorstellungen hindeuteten, für die Einleitung eines inquisitorischen Untersuchungsverfahrens, um so Leute, deren Loyalität in Zweifel gezogen werden konnte, auszuschalten.

Bei der nach 1933 erfolgten umfassenden Neubesetzung von verantwortlichen Positionen in der öffentlichen Verwaltung spielte das Kriterium der Qualifikation und fachlichen Kompetenz eine untergeordnete Rolle. Was zählte, war die politische und ideologische Zuverlässigkeit, die Bereitschaft, sich vorbehaltlos in den Dienst der Partei zu stellen und kritiklos den Anweisungen der übergeordneten Instanzen des streng hierarchisch aufgebauten NSDAP-Parteiparates Folge zu leisten. Wunder, der zwar die entsprechende fachliche Qualifikation be-

saß, verfügte angesichts seiner politischen Vergangenheit zweifellos nicht über das Anforderungsprofil, das die Nationalsozialisten bei einem Oberbürgermeister voraussetzten. Die Bürgermeisterschaft Wunders bis 1938 ist demnach eine für die damaligen Verhältnisse ungewöhnliche Tatsache, deren Hintergründe weitgehend im Dunkeln bleiben. Wunder, der seit 1907 an leitender Stelle in der Pasinger Stadtverwaltung tätig war, zunächst als Rechtsrat, ab 1914 als Bürgermeister, genoß in der Pasinger Bevölkerung zweifellos hohes Ansehen. Dieser Umstand, der es den Nationalsozialisten sicher erschwert hätte, Wunder abzusetzen, reicht allerdings als Erklärung nicht aus. Naheliegender ist, daß Wunder, der seit nahezu zwei Jahrzehnten an der Spitze der Stadt stand, nicht bereit war, diese Position aufzugeben, und nun zum Parteigänger der Nationalsozialisten wurde, ohne jedoch Parteimitglied zu werden. Er scheute sich nicht, in der Folgezeit selbst an den unseligsten Beschlüssen des Stadtrats mitzuwirken und diesen durch seine Unterschrift Rechtskraft zu verleihen. Dieses Amtsverständnis, das Festhalten am Oberbürgermeistersessel um nahezu jeden Preis, erstaunt um so mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Wunders Amt nach der nationalsozialistischen Gleichschaltung kaum noch nennenswerten kommunalpolitischen Einfluß beinhaltete. Die Gleichschaltungsgesetze hatten die Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften restlos aufgehoben und diese den Direktiven der übergeordneten Verwaltungen und Parteiinstanzen un-

terworfen. Den Stadt- und Gemeinderäten blieben nur bescheidene Gestaltungsmöglichkeiten, die sich später nicht selten in der Organisation der Straßenebeflagung an nationalsozialistischen Feiertagen erschöpften. Wunder selbst besaß kaum mehr Bedeutung als ein "Frühstücksbürgermeister". Der 2. Bürgermeister Amann, ein machtorientierter und entscheidungsfreudiger NS-Funktionär, bestimmte im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die Stadtpolitik und vermochte Wunders Handlungsspielraum mit der Zeit auf reine Repräsentativfunktionen einzuschränken.

Zunächst sah der Stadtrat als seine wichtigste Aufgabe, der "nationalsozialistischen Revolution" auch in Pasing zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen. Dies äußerte sich in einer Reihe von Beschlüssen, von denen die erwähnten Straßenumbenennungen noch die harmlosesten waren. Bereits im Dezember 1933 war die Verflechtung zwischen Stadtverwaltung und NSDAP soweit fortgeschritten, daß der Stadtrat beschließen konnte: "*Der Kreisgeschäftsstelle Pasing V der NSDAP wird zum Unterhalt ein freiwilliger Zuschuß in Höhe von 0,01 RM pro Einwohner und Monat nach dem Ergebnis der Volkszählung vom Jahre 1933 bewilligt (13854 Einw.) mit Wirkung ab 1. Dezember 1933.*" Die NSDAP hatte also mittlerweile den Status einer Staatspartei erlangt, die ohne nennenswerten Widerspruch aus öffentlichen Mitteln alimentiert wurde.

Ebenso bedenklich ist ein Beschluß, der einige Tage später gefaßt wurde und die Wirkung der nun zur

Staatsdoktrin erhobenen nationalsozialistischen Rassenlehre in Pasing widerspiegelt. Bei den Vergaberichtlinien für die Abdruckaufträge der amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Pasing an den "Würmtalboten" und das "Pasinger Morgenblatt" wurde folgende menschenverachtende und erpresserische Bedingung eingeschaltet: "... daß Inserate jüdischer Firmen und von Personen nicht arischer Abstammung nicht aufgenommen werden. Sofern dies trotzdem geschieht (...) wird der sofortige Entzug der Erlaubnis zum Abdruck der amtlichen Bekanntmachungen vorbehalten." überflüssig zu erwähnen, daß all diese Stadtratsbeschlüsse ohne Gegenstimme gefaßt wurden.

Mit der Eingemeindung Pasings nach München am 1. April 1938 wurde auch der Stadtrat aufgelöst. Die Vorgeschichte der Eingemeindung zeigt in aller Deutlichkeit, daß der Einfluß des Stadtrates inzwischen so zurückgegan-

gen war, daß jeglicher Widerstand gegen diese ungeliebte Maßnahme, zumal sie dem erklärten Wunsch des "Führers" entsprach, erfolglos bleiben mußte. Für die Pasinger änderte sich durch die neugeschaffene Situation wenig. Sie waren nun Bürger der "Hauptstadt der Bewegung." Die Fremdbestimmung der Stadtpolitik war zu diesem Zeitpunkt bereits soweit fortgeschritten, daß der Verlust der kommunalen Eigenständigkeit kaum spürbar war. Lediglich die stark ausgeprägte Identifikation der Pasinger Bürger mit "ihrer" Stadt fiel nun schwerer, aber auch das Bedauern über die verlorengegangene Eigenständigkeit ließ mit der Zeit nach. Als sich nach dem Krieg die allerdings wenig aussichtsreiche Möglichkeit der Rückkehr zur kommunalen Selbständigkeit eröffnete, war es nur eine Minderheit, die sich für eine "Ausgemeindung" Pasings stark machte.



Dr. Wunder als Redner beim Deutschen Jugendfest in Pasing, Juni 1938

Ein Wort an die Pasinger Elternschaft!

Die Jugend brachte am 20. April als erste dem Führer zu seinem Geburtstag ihre Glückwünsche dar. Sie steht seinem Herzen besonders nahe, ihr gilt vor allem seine Liebe und Sorge. Der großen Erziehungsgemeinschaft der deutschen Jugend hat er seinen Namen gegeben; stolz und verpflichtend trägt sie ihn die *Hitler-Jugend!*



Pasinger Jungvolk 1938

Der Weg zu ihr führt von nun an nur mehr über das Jungvolk, in das bis 1. Mai 1936 die Jugendlichen der Jahrgänge 1926 bis 1922 aufgenommen werden; ab diesem Tag tritt *Mitgliedersperre* ein.

Die Bewegung erhebt den Totalitätsanspruch. Sie will den *ganzen* deutschen Menschen, *jeden*, auch den letzten Volksgenossen erfassen, in vorderster Reihe die gesamte Jugend, der einst die deutsche Zukunft wird anvertraut sein. Die Jugend für diese hohe Aufgabe und Verantwortung vorzubereiten sowie zu befähigen, ist die HJ geschaffen und berufen jener einzige gewaltige Bund, der, alle Zersplitterung und Gegensätze überwindend, an Stelle der verschiedenartigen Verbände erwachsen ist.

Weltanschauung und Grundhaltung, Disziplin und Kameradschaft, Frohsinn, Pflicht und Treue sind die Säulen, die tief in die bereiten Seelen gesenkt werden und auf denen die deutsche Zukunft sich baut.

Kein deutscher Junge, kein deutsches Jungmädchel darf fehlen oder sich ausschließen; alle Jugendlichen von 10 bis 14 Jahren ohne Ausnahme sollen sich in die Reihen des Jungvolks eingliedern.

Dem "Du sollst" steht ein viel Höheres gegenüber: "Du darfst!" Du darfst der Jugend der Nation angehören Du darfst *Schildträger des neuen Reiches* sein in Dir wird der Wille des Führers leben. Nach dem inneren Gesetze aber, nach dem die Jugend angetreten, wird sie ihr Leben formen und immer handeln.

Eltern und Erzieher!

An Euch wende ich mich, Euere Kinder in das Jungvolk zu schicken und dadurch mitzuhelfen an dem größten Erziehungswerke der Zeit. Das Bekenntnis, das sich in überwältigender Weise an dem denkwürdigen 29. März dieses Jahres in unserem Volk und in unserer Stadt gezeigt hat, soll folgerichtig auch in dem Ziele der Jugenderziehung sich auswirken und erneuern. Die Meldung zum Jungvolk ist freiwillig; kein Zwang nötigt Euch.

Beantwortet selbst die Frage, die sich Euch stellt: *Wie dien' ich dem Wohle meiner Kinder, dem Volke und Vaterland?*

Der Führer ruft folget ihm!

Pasing, den 21. April 1936

Dr. Wunder, Oberbürgermeister

Pasinger Würmtalbote Nr.93 vom 23. April 1936



Festakt anlässlich der Eingemeindung am 13. April 1938 im alten Rathaussaal von 1. nach r. : Bürgermeister Dirschl, Staatssekretär Köglmaier, Oberbürgermeister Wunder, Reichsstatthalter Ritter von Epp, Oberbürgermeister Fiehler (München), Ministerpräsident Siebert, Bürgermeister Dr. Tempel, Bürgermeister Zech (Feldmoching), Generalmajor Wolf



Rathausöffnung, November 1937; von 1. nach r. : Oberbürgermeister Wunder, 2. Bürgermeister Amann, unbekannt, Staatssekretär Dauser, Oberbürgermeister Fiehler (München), Staatssekretär Köglmeier, unbekannt